zeitig an den finnischen Senat, den König von Schweden und den Deutschen Kaiser ein Telegramm gesandt haben, worin sie anheimstellt, auf dem kommenden Friedenskongreß die Wünsche Alands zu beachten, und sich zu einer neuen Volksabstimmung bereit erklärt, falls eine der genannten Regierungen es wünsche.

Wie unser Stockholmer Parteiblatt Social-Demokraten meldet, kehrten die schwedischen Sozialisten aus Finnland zurück, die dort versucht hatten, zwischen den Weißen und Roten Gardisten zu vermitteln. Sie hätten nichts erreichen können, weil die Revolutionsregierung in Helsingfors im Vertrauen auf ihre bewaffnete Macht von einer Vermittlung nichts wissen wolle. Doch habe das finnische Volkskommissariat das deutsche Kommando auf Aland ersucht, mit ihm in Verhandlung treten zu dürfen, was nach Social-Demokraten auch bewilligt worden sein soll.

Weiter berichtet der aus Helsingfors zurückgekehrte schwedische Sozialdemokrat Böhmer im Social-Demokraten, daß er Grausamkeiten der roten Gardisten unwiderleglich habe feststellen können. So seien, wie er selbst von Augenzeugen hörte, bei Helsingfors am 14. Februar vier Personen von einer umherziehenden Bande ohne Grund erschossen worden. Auch an anderen Orten sollen Morde von roten Gardisten verübt worden sein. Die Regierung in Helsingfors bestritt dem schwedischen Sozialisten gegenüber die Richtigkeit dieser Angaben nicht.

Das finnländische Sozialistenblatt Pätwän Tidbot veröffentlicht einen Artikel, der sich mit großer Schärfe gegen die führenden Männer der Partei wendet. Ihre schwankende Haltung in den außerpolitischen Fragen habe, so sagt das Blatt, den Sturz des sogenannten Tokai-Senats, die Auflösung des den Bolschewismus hofierenden Landtags und die Wahlniederlage im Herbst verschuldet. Der letzte Generalstreik, der die Entwicklung der Arbeiterbewegung mehr geschädigt als gefördert habe, sei allem Anschein nach durch das im Lande liegende russische Militär und durch die bewaffneten sogenannten „Roten Ordnungsgarden" gemeinsam inszeniert worden. Diese bewaffneten Scharen verübten auch jetzt noch in verschiedenen Teilen des Landes Handlungen, die von den organisierten Arbeitern und sogar von dem sozialistischen Hauptorgan Työmies scharf verurteilt würden, zu deren Verhinderung ihnen aber die Macht zu fehlen scheine. Um so mehr sei dies Bestreben der sozialistischen Landtagsfraktion und ihrer Führer zu tadeln, die einer starken Ordnungsmacht und einer Wiederherstellung geordneter Zustände im Lande entgegenzuarbeiten suchten. Zum Schlusse befürwortet das Blatt die Errichtung eines Nationalheeres und warnt die sozialistische Landtagsfraktion vor einer „Nachäffung der Bolschewiki".

Vor der Moskauer Abstimmung.

Haag, 13. März. Dem Nieuwe Courant zufolge erfährt die Morningpost aus Petersburg, daß Trotzki in Petersburg bleiben werde, wo er an die Spitze des Rates der Volkskommissare der Stadt Petersburg treten werde. Lenin werde nach Moskau gehen, um dem Kongreß der Soldaten-, Bauern- und Kosakenvertreter beizuwohnen, der am 14. März die Friedensbedingungen prüfen wird. Jede Abteilung des Kongresses werde erst für sich und geheim zusammenkommen. In der allgemeinen Sitzung am 17. März solle die Abstimmung über die Friedensbedingungen und die Ratifikation des Friedensvertrages erfolgen.

Marine-Luftschiffe über England.

† Berlin, 13. März. (Amtlich.) **In der Nacht vom 12. zum 13. März hat eines unserer Marineluftgeschwader mit gutem Erfolg befestigte Plätze und militärische Anlagen am Humber und in der Grafschaft York angegriffen. Die Schiffe stießen auf starke artilleristische Gegenwehr, die den Angriff jedoch nicht aufhalten konnte. Alle Schiffe sind ohne Beschädigungen zurückgekehrt. Die Führung hatte auch diesmal wieder Fregattenkapitän Straßer. Aus der Zahl der Kommandanten verdienen als oft bewährte Englandfahrer erwähnt zu werden: Korvettenkapitän der Reserve Prochls, Kapitänleutnant Freiherr Treusch v. Buttlar-Brandenfels, Kapitänleutnant Ehrlich (Herbert), Hauptmann Manger und Kapitänleutnant v. Freudenreich.**

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Aus London wird amtlich gemeldet: Nach den letzten Meldungen überflogen drei feindliche Luftschiffe gestern abend zwischen 8¼ Uhr und 10 Uhr die Küste von Yorkshire. Von diesen Luftschiffen wagte es nur eins, sich einem Verteidigungsorte, nämlich Hull, zu nähern, wo vier Bomben abgeworfen wurden. Ein Haus wurde zerstört, eine Frau starb vor Schreck. Die beiden anderen Luftschiffe überflogen einige Stunden abgelegenes Land in großer Höhe und kehrten dann nach der See zurück.

Der Luftangriff auf Neapel.

Bern, 13. März. Laut Stefani-Meldung wurden bei dem Fliegerangriff auf Neapel 16 Personen getötet und 40 verwundet.

Drei Kommandanten von Neapel abgesetzt.

Lugano, 13. März. Nach einer amtlichen Meldung aus Rom wurden drei Kommandanten in Neapel telegraphisch abgesetzt, wegen ungenügender Verteidigung und unzureichenden Maßregeln gegen den Luftangriff. Das Militärgericht wird eine Untersuchung einleiten.

48000 Tonnen versenkt.

Berlin, 13. März. (Amtlich.) **1. Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Ganßer, hat im Sperrgebiet um die Azoren feindlichen und für den Feind fahrenden Frachtraum von insgesamt 22 000 Brutto-Register-Tonnen vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befinden sich der englische bewaffnete Tankdampfer Arlesia von 2767 Brutto-Register-Tonnen und der englische Schoner Mo. Nan von 145 Brutto-Register-Tonnen, die beiden griechischen Dampfer Joannina von 4190 Brutto-Register-Tonnen und Chariton von 3390 Brutto-Register-Tonnen, der italienische bewaffnete Dampfer Atlantide von 5137 Brutto-Register-Tonnen und die italienische Bark Francesko von 1002 Brutto-Register-Tonnen.**

Die Ladungen der Schiffe bestanden aus Messing, Zink, Gummi, Tabak, Leinen, Fellen, Lebensmitteln, Erdnüssen und Kopra und waren nach französischen, italienischen und Häfen der Vereinigten Staaten bestimmt. Außer den 7,6 Zentimeter-Geschützen der beiden bewaffneten Dampfer wurde aus den Ladungen der Schiffe Messing, Zink und Gummi heimgebracht.

2. Im östlichen Mittelmeer hat eines unserer Unterseeboote, Kommandant Oberleutnant zur See Sprenger, sechs Dampfer und zwei Segler mit zusammen etwa 26 000 Brutto-Register-Tonnen versenkt.

Im besonderen wurde der Transportverkehr vor Alexandrien und Port Said gefaßt. Die Dampfer waren bewaffnet. Ihre starke Sicherung ließ auf wertvolle Ladung schließen. Ein an der syrischen Küste torpedierter Dampfer, der Kurs auf Jaffa hatte, führte, aus der auffallend starken Detonation zu schließen, Munition.

Das Boot hat ferner auf einem als Sicherung fahrenden Kreuzer der Arabis-Klasse einen Torpedotreffer erzielt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der Geldsegen des Krieges.

Von H. Schneider (Hannover).

Der Daimler-Schwindel sollte nun auch die Augen der breiten Volksschichten stärker auf die Fülle des Geldsegens lenken, den der Krieg über die Kapitalisten ausschüttet und der vielfach so groß ist, daß er mit allen möglichen Finessen verschleiert wird. Es sind das Dinge, über die die Masse der Bevölkerung gar nicht so recht im Bilde ist. Es ist nur allgemein bekannt, daß die Industrie, vor allem die eigentliche Kriegsindustrie, fabelhaft „verdient". Die sprunghaft steigenden Dividenden der Aktiengesellschaften zeigen schon, wie reich der Segen des Krieges strömt. Hier ein Beispiel dafür: Die 21 Aktiengesellschaften der Sprengstoffindustrie zahlten im letzten Friedensjahr die gewiß ansehnliche Durchschnittsdividende von 13,2 Prozent. Im ersten Kriegsjahr schnellte sie hinauf auf 18,2, im zweiten auf 22,9, und für 1916 betrug sie schon 25,7 Prozent. Der Krieg hat also den Sprengstoffaktionären eine Verdoppelung ihrer im Frieden schon hohen Dividende gebracht. Noch viel erfreulicher — immer für die Aktionäre — wird das Bild, wenn nicht die Prozentsätze der Dividende, sondern die als Dividende ausgezahlten Summen verglichen werden. Da ergibt sich eine weit beträchtlichere Steigerung, weil von 1913 bis 1916 das in Sprengstoffaktien angelegte Kapital von 61 auf 120 Millionen Mark gestiegen ist. Die Dividendensumme betrug also für 1913 etwa 8, für 1916 aber rund 30 Millionen Mark. Daneben wurden außerordentlich hohe Gewinnteile für die Zukunft zurückgestellt oder den Aktionären auf Umwegen zugewendet.

Diejenigen Zweige unseres Wirtschaftslebens, die sich den Kriegsverhältnissen anpassen konnten, erzielen jetzt Gewinne, wie selten oder nie zuvor, Gewinne, so hoch, daß die Unterbringung einige Mühe macht. Zahlreiche Aktiengesellschaften wagen es nicht mehr, ihre Gewinne den Aktionären in Form von Dividenden restlos zuzuführen, weil dann der Dividendensatz aufreizend hoch bemessen werden müßte. Statt aber durch entsprechende Bemessung der Preise oder auch der Löhne die Gewinne zu vermindern, werden allerlei Mittel und Wege gefunden, die Gewinne in weniger auffälliger Weise in die Taschen der Aktionäre zu leiten, soweit es nicht für zweckdienlich erachtet wird, sie in allerlei Fonds für etwa kommende magere Jahre aufzuspeichern.

Das bequemste und allgemein übliche Mittel, aufreizend hohe Dividendensätze herabzudrücken, ist die Vermehrung des dividendenberechtigten Kapitals, die sogenannte Kapitalverwässerung. Von diesem Mittel ist in den Kriegsjahren in so erheblichem Umfange Gebrauch gemacht worden, daß die Regierung wiederholt versucht hat, der Ueberkapitalisierung einzelner Betriebe Einhalt zu tun, um das überflüssige Kapital für ihre Kriegsanleihen zu retten. Welchen „Erfolg" sie dabei gehabt hat, mögen einzelne Zahlen dartun: Im ersten Viertel des Jahres 1917 erhöhten 51 Aktiengesellschaften ihr Kapital um zusammen 118 Millionen Mark. Dann kam der Bremserlaß des preußischen Handelsministers, nach dem „neue Aktienausgaben, die nicht den Zwecken der Kriegswirtschaft dienen, oder die vermeidbar scheinen, weil ausreichende flüssige Mittel vorhanden sind", an der Börse nicht zugelassen werden sollten. Trotzdem erhöhten im letzten Viertel des Jahres 1917 insgesamt 83 Gesellschaften ihr Kapital um zusammen 359 Millionen Mark. Diese Zahl wieder tritt erst recht in das Licht, wenn sie ergänzt wird durch die Feststellung, daß im ganzen Friedensjahr 1913 den Aktiengesellschaften nur 418 Millionen Mark zugeführt wurden, also nicht viel mehr als im letzten Viertel 1917.

Ohne Frage hat die Erweiterung der Kriegsindustrie manche Kapitalserhöhung notwendig gemacht. In sehr vielen Fällen liegt jedoch reine Kapitalsverwässerung vor, in anderen war die an sich notwendige Kapitalserhöhung eine gute Gelegenheit, den alten Aktionären Sonderrechte zu sichern oder Sondergewinne zuzuführen. Die Absicht der Kapitalsverwässerung kann überall da angenommen werden, wo bei der Ausgabe neuer Aktien auf die Einhebung eines der augenblicklichen Bewertung der Aktien entsprechenden Aufgeldes verzichtet wird; sie liegt ganz klar zutage da, wo bei der Ausgabe Reserven oder Jahresgewinne in Aktien verwandelt werden. An einigen Beispielen mag die Erfindungsgabe der Gesellschaften auf dem Gebiet der Kapitalsverwässerungen beleuchtet werden.

Der Verein für chemische Industrie Mainz bot im Vorjahr seinen alten Aktionären für 900 000 Mark neue Aktien an zum Kurse von 100 Prozent, also erheblich unter dem Wert, zu dem sie damals gehandelt wurden. Die Aktionäre sollten aber nicht einmal diesen Nominalwert der Aktien bezahlen, sondern nur die Hälfte davon, die andere Hälfte wurde aus einem Spezialreservefonds genommen. Die Aktionäre erhielten also für 500 Mark eine Aktie, die sie jeden Tag für etwa 1000 Mark wieder verkaufen konnten. Der Verein chemischer Fabriken A.-G. Zeitz konnte für das Geschäftsjahr 1916 die Dividende von 5 auf 20 Prozent erhöhen und den Aktionären außerdem noch für eine Million Mark Aktien völlig umsonst geben: selbstverständlich ausschließlich zu dem Zwecke, ein weiteres allzu starkes Anschwellen der Dividende zu verhindern.

In der Sprengstoffindustrie waren in den Kriegsjahren Kapitalserhöhungen mit gleichzeitiger Gewinnausschüttung besonders häufig. Die Köln-Rottweiler Pulverfabriken und die Rhein.-Westf. Sprengstoffabrik erhöhten gemeinsam ihr Kapital um 23 Millionen Mark. Die Aktien wurden den alten Aktionären zum Kurse von 100 angeboten, obwohl sie mit etwa 500 Prozent im Handel bewertet wurden. Obendrein wurden die erst Ende 1916 ausgegebenen Aktien schon für das ganze Jahr 1916 voll dividendenberechtigt. Bei solchen Bedingungen liegt die Absicht der Kapitalsverwässerung auf der Hand, selbst wenn ein Geldbedarf der Gesellschaft tatsächlich nachgewiesen wird. Denn die Gesellschaften hätten ja nur etwa 5 Millionen Mark Aktien mit freiem Bezugsrecht auszugeben brauchen, um denselben Betrag zu erhalten, den sie so hereinbekommen haben. Aber sie wollten nicht nur mehr Kapital, sondern vor allem mehr Aktienkapital haben, um den Dividendensatz herabzudrücken.

Eine ähnliche, aber viel verwickeltere Finanzierungsmaßnahme ist bei den großen Dynamitwerken erfolgt. Von verblüffender Einfachheit und Klarheit war eine Kapitalsverwässerung der vor dem Kriege fast bankerotten Hamburger Sprengstoffwerke „Glückauf". Sie verdoppelte 1915 das Aktienkapital aus dem Reingewinn. Auf das so verdoppelte Kapital erhielten die glücklichen Aktionäre dann noch 30 Prozent Dividende. Die tatsächliche Verzinsung des Aktienkapitals betrug so 160 Prozent. Im Kriegsjahr 1916 war der Gewinn sogar etwa dreimal so hoch wie selbst das gestreckte Aktienkapital! Es war sehr schwer, ihn unterzubringen, aber es gelang. Nach überreichlichen Abbuchungen und Rückstellungen erhielten die Aktionäre 40 Prozent Dividende, der große Rest wurde vorgetragen.

Wie schon erwähnt, hat die Regierung in einigen Fällen versucht, unnötige Kapitalerhöhungen zu verhindern. So bei den Vereinigten Glanzstoffwerken Elberfeld. Diese Gesellschaft verdoppelte im Vorjahr ihr Aktienkapital und bot die neuen Aktien, die im Handel mit etwa 500 Prozent bewertet wurden, den alten Aktionären zu Pari, d. h. zu 100 Prozent an. Zweck der Neuausgabe war vornehmlich, die „unangenehm hohe" Dividende herabzudrücken. Ebenso lag es bei den bekannten Adlerwerken. Bei der Telephonfabrik vorm. Berliner griff der Handelsminister sogar ein, obwohl jene die neuen Aktien den alten Aktionären zu 182 Prozent anbot, also ein immerhin schon nennenswertes Aufgeld verlangte. Der Handelswert der Aktien war allerdings höher. Einer ganz offenen Kapitalsverwässerung sollte der Eingriff vorbeugen bei der „Kronprinz"-A.-G. für Metallindustrie. Diese Gesellschaft gab im Vorjahr 5,3 Millionen Mark neue Aktien zum angeblichen Kurse von 100 Prozent an die alten Aktionäre aus. Der Kaufpreis sollte jedoch nicht aus den Taschen der Aktionäre kommen, sondern zu 40 Prozent aus dem Gewinn des abgeschlossenen Geschäftsjahres, der Rest aus den Gewinnen der nächsten Jahre gedeckt werden. Diese Maßnahme sollte es ermöglichen, die Dividende auf 15 Prozent zu halten, wohl weil ein allzu hoher Satz zu einer Nachprüfung der Preise für Heereslieferungen hätte führen können.

Die Eingriffe der Regierung gegen den allzu zügellosen Mißbrauch der Kapitalserhöhungen lösten sehr bald entsprechende Gegenmaßnahmen aus. Auf einen sehr einfachen Ausweg verfiel die Bad. Gesellschaft für Zuckerfabrikation in Waghäusel. Das Aktienkapital dieser Gesellschaft bestand bisher aus 5500 Aktien zu je 500 Gulden. Der überreiche Gewinn der Kriegsjahre veranlaßte nun diese Gesellschaft zu einer im doppelten Sinne zeitgemäßen Finanzreform. Die 500 Guldenaktien wurden in 1000 Markaktien umgewandelt und dadurch das Aktienkapital von 4,71 auf 5,50 Millionen Mark erhöht. Die Differenz von rund 800 000 Mark wird jedoch nicht von den Aktionären eingehoben, sondern aus dem Gewinn bezahlt. Obendrein wird dieser Betrag gleich noch mit 20 Prozent verzinst, also auf etwa eine Million Mark aufgerundet.

Einen ganz neuartigen Weg zur Ausschüttung überreichlicher Gewinne hat die A.-G. für Spiritus- und Preßhefefabrikation vorm. Sinner in Grünwinkel gefunden. Diese Gesellschaft kaufte 875 ihrer eigenen Stammaktien zum Kurse von etwa 300 Prozent auf und — gab sie den Aktionären zu 100 Prozent zurück. Das heißt, sie gab für 875 Aktien etwa 2,6 Millionen Mark aus und nahm dafür 875 000 Mark wieder. Noch einfacher ausgedrückt: die Aktionäre stellten der Verwaltung Aktien für 3000 Mark das Stück zur Verfügung und erhielten sie für 1000 Mark zurück. Daß die Gesellschaft direkt damit rechnete, die Aktien teilweise an die Verkäufer zurückzugeben, geht aus der Bestimmung hervor, daß der Wiedererwerb nicht an den Besitz alter Aktien, sondern nur an den Besitz der Dividendenscheine verknüpft wurde. Jedenfalls erhalten die Aktionäre auf diesem herzlich ungewöhnlichen Wege etwa 1,75 Millionen Mark als Extragewinn neben einer sehr reichlichen Dividende.

Sollte das Beispiel der Sinner-Gesellschaft Nachahmung finden, so sind die Sorgen um die unauffällige Unterbringung der Kriegsgewinne behoben. Die Gesellschaften brauchen sich ja nicht auf den Erwerb eigener Aktien zu beschränken; sie können auch andere Papiere, z. B. Kriegsanleihe, erwerben und ihren Aktionären zu einem beliebig niedrigen Kurse abgeben. Vielleicht setzt sich auch die eine oder andere Gesellschaft einmal mit der Zunft der Warenschieber in Verbindung und kauft waggonweise Waren, die beschlagnahmt oder rationiert, also im Schleichhandel besonders reichlich zu heben sind, zu hohen Preisen auf und bietet sie den Aktionären zu Friedenspreisen an. Dann wird es im Geschäftsbericht etwa heißen: Die Dividende wird auf 30 Prozent bemessen; auf jede Aktie werden außerdem zwei Zentner Schweizerkäse und drei echte Pariser Roben gegen Erstattung der Transportkosten abgegeben. Jedenfalls erschließt das Vorgehen der Sinner-Gesellschaft ungeahnte Möglichkeiten der Gewinnverschleierung.

Es ließe sich manches sagen über die politische Wirkung der hohen Kriegsgewinne, z. B. über das [illegible] Klassenwahlrecht und Kriegsgewinne. Aber wir beschränken uns auf die eine Frage: Welche Wirkung übt dieser Geldsegen auf die davon Betroffenen in bezug auf ihre Stellung zu einer baldigen Beendigung des Krieges aus?!

Militärische Jugenderziehung.

Der Deutsche Wehrverein hat dem Bundesrat und Reichstag eine Eingabe überreicht, in der er fordert:

1. baldigst den Entwurf eines Reichsgesetzes